



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 30. Januar 2015

Inhalt

- 1. Geldpolitik ersetzt weder Wirtschaftspolitik noch Strukturreformen**
- 2. PEGIDA: Offener politischer Dialog oder Zeigefinger?**
- 3. Jahreswirtschaftsbericht: Deutsche Wirtschaft in guter Verfassung**
- 4. Mindestlohn: Aufzeichnungspflichten kein Problem!**
- 5. Gleichstellung: Gesetzliche Frauenquote wird eingeführt**
- 6. „Pille danach“ bald ohne Rezept**



Geldpolitik ersetzt weder Wirtschaftspolitik noch Strukturreformen

Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) im großen Stil Staatsanleihen aufzukaufen, wird zu Recht intensiv diskutiert. Die gigantischen Summen, mit denen die EZB operiert, machen vielen Menschen Sorgen und auch Ökonomen und Finanzexperten streiten darüber. Wir akzeptieren die Entscheidung der EZB, weil besonders wir Deutschen immer eine unabhängige Europäische Zentralbank gefordert haben.

Ziel der EZB ist eine Inflationsrate nahe von zwei Prozent zu erreichen, um den Krisenländern damit Zeit und Spielräume zu verschaffen. Gerade weil die lange von der SPD geforderten, aber erst unter Kommissionspräsident Juncker real angestoßenen Wachstumsinitiativen noch nicht greifen. Den Regierungen in der Eurozone muss jedoch auch klar sein, dass Geldpolitik keine Wirtschaftspolitik und vor allem keine Strukturreformen ersetzt. Die öffentlichen Finanzen müssen in allen Ländern der Eurozone in Ordnung gebracht und gleichzeitig Investitionen für mehr Wirtschaftswachstum angestoßen werden. Deutschland geht hier mit gutem Beispiel voran. Die Haushalte 2014 und 2015 kommen ohne neue Schulden aus und ein Zehn-Milliarden-Euro-Programm für Zukunftsinvestitionen setzt Impulse.

Hintergrund: EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen

- Am 22. Januar 2015 hat die EZB ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten beschlossen
- Ab März 2015 werden auch Wertpapiere von „im Euroraum ansässigen Regierungen“ (Staatsanleihen) erworben
- Das Gesamtvolumen der Ankäufe soll bei 60 Mrd. Euro pro Monat liegen
- Die Ankäufe sollen bis mindestens September 2016 erfolgen (min. 19 Monate x 60 Mrd. Euro = min. 1,14 Billionen Euro) und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit dem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2 Prozent zu erreichen. Damit will die EZB ihr Mandat, für Preisstabilität zu sorgen, erfüllen.

Wahlen in Griechenland – nun ist Alexis Tsipras am Zug

Auch den Ausgang der Parlamentswahl in Griechenland müssen wir akzeptieren. Nun ist der Syriza-Vorsitzende Alexis Tsipras gefordert und muss Vorschläge unterbreiten, wie er sein Land aus der Krise holen will. Dies muss dann auf europäischer Ebene diskutiert werden. Es muss aber klar sein, dass die neue griechische Regierung an die Vereinbarungen mit der EU und der Troika gebunden ist. Deshalb muss die neue Regierung strukturelle Reformen mutig angehen, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft.

Wir bedauern, dass Tsipras sich für die rechtspopulistische Partei „Unabhängige Griechen“ als Koalitionspartner entschieden hat, erkennen die demokratisch gewählte Regierung aber an. Auch bei uns in Deutschland formiert sich rechtspopulistisches Gedankengut in seltsamen Konstellationen.

PEGIDA: Offener politischer Diskurs oder Zeigefinger?

Den richtigen Umgang mit den selbsternannten „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) und ihren Ablegern zu finden, ist weder für die Zivilgesellschaft noch für die etablierten Parteien einfach. Soll man mit den Menschen, die dort mitlaufen, reden, sie argumentativ überzeugen, oder soll man es nicht? Hilft das Prinzip „Augen zu und durch“ weiter? Darf man mit diesen Menschen nicht sprechen, weil sie Leuten hinterherlaufen, die offen ausländerfeindliche Parolen brüllen und Ängste vor Islam und Judentum schüren? Das sind berechtigte Fragen, denen wir uns alle stellen müssen.

Vizekanzler Sigmar Gabriel hat sich letzte Woche dazu entschieden, eine Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen zu besuchen. Gabriel hörte zu. Anwesend waren sowohl PEGIDA-Anhänger als auch PEGIDA-Gegner, außerdem viele, die verunsichert sind und ebenfalls mitdiskutieren wollten. Gabriel wollte erfahren, was Menschen bewegt, die Woche für Woche auf die Straße gehen, welche Sorgen und Ängste sie umtreiben. Genau diesen Dialog zwischen PEGIDA-Anhängern und PEGIDA-Gegnern wollte die Landeszentrale ins Rollen bringen. Man muss nicht jede Meinung teilen, aber sich andere Meinungen anzuhören und zu diskutieren ist nun einmal das Wesen der Demokratie. Auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hat erst kürzlich in Bezug auf PEGIDA deutlich gemacht: "Die Drahtzieher müssen wir bekämpfen. Mit den Mitläufern müssen wir reden." Dialog ist das A und O guter Politik. Wir finden: Sigmar Gabriel hat alles richtig gemacht. Einfach wegducken ist sicher keine Alternative!

Jahreswirtschaftsbericht: Deutsche Wirtschaft in guter Verfassung



Am vergangenen Mittwoch veröffentlichte die Bundesregierung ihren [Jahreswirtschaftsbericht 2015](#). Es gibt viel Positives zu berichten: Die deutsche Wirtschaft behauptet sich weiter stark. Mit 1,5 Prozent verzeichnete die Wirtschaftsleistung 2014 den kräftigsten Anstieg seit Jahren. Gründe für diesen positiven Trend sind unter anderem die gute Lohn- und Beschäftigungsentwicklung sowie der darauf beruhende Anstieg an Konsumausgaben der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Besonders erfreulich: Auf dem deutschen Arbeitsmarkt herrscht weiter Rekordbeschäftigung. Die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten hat sich 2014 um über eine halbe Million erhöht. Das

ist ein Verdienst der aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unserer Minister Sigmar Gabriel und Andrea Nahles, aber auch eine langfristige Auswirkung der rot-grünen Arbeitsmarktreformen von 2003.

Um die deutsche Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs zu halten, setzen wir uns weiterhin für gute Löhne, stabile Energiepreise, weniger Bürokratie, mehr Investitionen in unsere Infrastruktur und für einen innovativen Produktions- und Forschungsstandort Deutschland ein. Gleichzeitig haben wir 2014 mit einem Bundeshaushalt ohne neue Schulden das klare Signal gesetzt: Wir machen keine Politik zu Lasten zukünftiger Generationen!

Im Jahr 2014 stieg auch die Anzahl der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Ein großer Anteil des Anstiegs kommt durch Zuwanderer, die 2014 neue zahlende Mitglieder in der GKV wurden. Das macht wieder einmal deutlich: Zuwanderung nach Deutschland geht zugunsten unserer Sozialsysteme. Nur durch Zuwanderung können wir in Deutschland die gesetzliche Gesundheitsversorgung sowie die Rentenversicherung zukunftsfest aufstellen.

Erfreulich sind auch die Wirtschaftsprognosen für den Euroraum: Die Erholung schreitet voran, für 2014 wird das BIP-Wachstum Europas bei ca. 0,7 Prozent liegen. Für 2015 rechnet man sogar mit einem Wachstum von 1 Prozent. Das zeigt: Reformen lohnen sich! Die Länder, die in den vergangenen Jahren -teils mit sehr großen Kraftanstrengungen- weitreichende Reformen unternommen haben, Irland, Spanien und zunehmend auch Griechenland, erholen sich allmählich und ihre Mühen werden mit deutlich positiveren Wachstumsaussichten belohnt. Für Frankreich und Italien sollte dies ein Anreiz sein, weitere Anstrengungen zu unternehmen und den Reformkurs nicht zu verlassen.

Mindestlohn: Aufzeichnungspflichten kein Problem!

Der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt seit 1. Januar. Nun bekommen auch Minijobber nachweislich einen fairen Stundenlohn und die Arbeitszeit muss in vielen Branchen aufgezeichnet werden, um Schwarzarbeit zu vermeiden.

Einige Arbeitgeber befürchten, dass die Aufzeichnungspflichten einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich bringen könnten. Diese Sorgen sind allerdings unbegründet. Das Arbeits- und Sozialministerium hat ganz bewusst und mit Rücksicht auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur wenige Vorgaben für die Dokumentation gemacht.



Für Arbeitgeber, die jetzt gegen die Aufzeichnungspflichten mobil machen, haben wir deshalb kein Verständnis. Wir gehen davon aus, dass im Interesse der Fairness auch schon vor der Einführung des Mindestlohnes die Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dokumentiert wurde. Von einem Mehraufwand kann also nicht die Rede sein. Auf jene Arbeitgeber, die jetzt gegen die Aufzeichnungspflichten wettern, wirft das kein gutes Licht. Denn dafür kann es nur zwei Gründe geben: Entweder wurde die Arbeitszeit bisher gar nicht dokumentiert oder Arbeitgeber versuchen, sich vor dem Mindestlohn zu drücken.

Tatsächlich müssen nur Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit innerhalb einer Woche erfasst werden. Weder muss die Häufigkeit oder Länge der Pausen notiert werden, noch gibt es besondere Formvorschriften für die Aufzeichnungen. Die Arbeitszeit kann also auch handschriftlich festgehalten werden. Es sind noch nicht einmal Unterschriften von Arbeitnehmer oder Arbeitgeber nötig. Die Aufzeichnungen müssen lediglich innerhalb von einer Woche erfolgen und zwei Jahre aufgehoben werden.

Gleichstellung: Gesetzliche Frauenquote wird eingeführt

Endlich! Der Weg, der verfassungsrechtlich gebotenen Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der Arbeitswelt gerecht zu werden, war in Deutschland ein besonders steiniger. Die Quotengesetzgebung kann deshalb als Meilenstein für mehr Gerechtigkeit gesehen werden. Ziel des [Gesetzes](#) ist eine tatsächliche Chancengleichheit in der Arbeitswelt. Wir können dieses Ziel nur erreichen, indem wir die Unternehmen dazu verpflichten, einen nachhaltigen Kulturwandel einzuläuten. Leider haben Jahrzehnte der Selbstverpflichtung zuvor rein gar nichts gebracht!

Ab 2016 müssen nun in Börsen- und Mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mindestens 30 Prozent der Aussichtsratsposten mit Frauen besetzt werden. Sonst bleibt der Stuhl im Aufsichtsrat leer. Der Bund geht hier mit gutem Beispiel voran und will bis 2018 sogar eine 50%-Quote in Aufsichtsgremien, in denen er mindestens drei Sitze hält.

Gerne hätten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine noch gerechtere Quotenregelung eingeführt, aber im Koalitionsvertrag mit der Union haben wir uns auf die 30 Prozent verständigt. Wir finden, das ist ein guter Anfang! Angesichts der exzellent ausgebildeten Frauen in unserem Land dürfte es für die Unternehmen auch kein Problem sein, eine 30 Prozent Quote zu erfüllen oder gar zu übertreffen! Wir setzen darauf, dass die Unternehmen hier schnell nachholen, was sie bisher vielfach versäumt haben.

„Pille danach“ bald ohne Rezept

Nach der Entscheidung der EU-Kommission, die "Pille danach" aus der Rezeptpflicht zu entlassen, sollen nun gleich zwei in Deutschland auf dem Markt befindliche Präparate von der Rezeptpflicht befreit werden.

Die Gesundheitspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion hatten bereits mit einem Antrag vom 17.10.12 „Rezeptfreiheit von Notfallkontrazeptiva – Pille danach – gewährleisten“ die damalige Bundesregierung aufgefordert, die „Pille danach“ aus der Verschreibungspflicht zu entlassen. Dabei ging es um das Präparat Pidana mit dem Wirkstoff Levonorgestrel. Mit der europaweiten Freigabe der EU-Kommission wird nun zusätzlich auch über das neuere Präparat Ellaone mit dem Wirkstoff Ulipristalacetat diskutiert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe aufgefordert, bis zum Frühjahr eine deutsche Regelung vorzulegen. Das Bundesgesundheitsministerium hat daraufhin die schnellstmögliche Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung angekündigt. Beide in Deutschland auf dem Markt befindlichen Präparate sollen schnellstmöglich von der Rezeptpflicht befreit werden.

Das Gesundheitsministerium hat nun im Eilverfahren eine neue Arzneimittelverordnung vorgelegt, mit welcher beide Wirkstoffe freigegeben werden. In der weiteren Debatte wird es nun darum gehen, ob und in welcher Weise die Pille danach erstattet werden kann und wie die Beratung in den Apotheken zu erfolgen hat.

Die Varianten der „Pille danach“ wirken unterschiedlich: Während die Pidana spätestens 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr geschluckt werden muss, darf Ellaone bis zu 120 Stunden später eingenommen werden. Mögliche Risiken oder Nachteile sind gut untersucht und gering. Für die neuere Pille Ellaone existieren allerdings noch nicht so viele Daten zur Sicherheit und sie ist knapp doppelt so teuer.

Die Entscheidung für die Rezeptfreiheit ist längst überfällig. In den meisten europäischen Ländern ist die „Pille danach“ bereits rezeptfrei erhältlich. Die Entscheidung ermöglicht es Frauen in Zukunft, in der Apotheke auch ohne ein Rezept zwischen den beiden Medikamenten zu wählen. Dies ist ein wichtiger Schritt für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Vor der Abgabe der „Pille danach“ soll eine Beratung in der Apotheke erfolgen, damit ein verantwortungsvoller Umgang mit der „Pille danach“ auch ohne Rezeptpflicht gewährleistet werden kann. Ziel ist es, eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherzustellen. Zusammen mit Frauenärzten, Apotheken und dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sollen Kriterien für eine qualitativ hochwertige Beratung in den Apotheken entwickelt werden.

Unsere Tipps:

- **Otto-Wels-Preis für Demokratie:** Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht auch in diesem Jahr, 2015 anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der israelisch-deutschen Beziehungen, den Otto-Wels-Preis im Rahmen eines Kreativwettbewerbs zum Thema „Freundschaft und Verantwortung“ an Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren. Weitere Infos sowie das Wettbewerbsformular gibt es unter <http://www.spdfraktion.de/themen/otto-wels-preis-f%C3%BCr-demokratie-2015>

- Wir möchten auch noch einmal auf die bewegende **Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus** im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes am 27. Januar 2015 hinweisen: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw05_gedenkstunde/357044?vi_ew=DEFAULT

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia